



Bürgerinformation

zum städtischen Haushalt 2016/2017

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

mit dieser Bürgerinformation möchten wir, die Fraktion FORUM Kalkar im Rat der Stadt, Sie über den Haushalt 2016 / 2017 informieren.

Diese beiden Seiten sollen Ihnen einen groben Überblick über die Ein- und Ausgaben sowie der damit verbundenen Aufgabenbereiche der Stadt geben. Welche Kosten fallen eigentlich an und wofür genau? Und wie werden diese finanziert?

Was sind die Haupteinnahmequellen der Stadt?



- Steuern und ähnliche Abgaben**, bestehend u. a. aus der Grundsteuer A und B, der Gewerbesteuer, dem Gemeindeanteil an der Einkommens- und Umsatzsteuer, Vergnügungs- und Hundesteuer, Leistungen nach dem Familienausgleichsgesetz
- Zuwendungen und allgemeine Umlagen**, wie z. B. Schlüsselzuweisungen des Landes, Zuwendungen für Schulen und Einrichtungen der Jugendarbeit, Grundsicherung für Arbeitssuchende
- Sonstiges**, z. B. Gebühren für die Abfallbeseitigung, Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Grundstücksverkäufen

Was sind die Hauptausgaben der Stadt?

Das nachfolgende Diagramm gibt einen Überblick, wofür Ihre Steuergelder in Kalkar aufgewendet werden.



- Transferaufwendungen**, u. a. die allgemeine Kreisumlage, Jugendamtumlage, diverse Leistungen im Sozial- und Asylbereich, Zuweisungen an Vereine und Verbände
- Sach- und Dienstleistungen**, z. B. für den baulichen Unterhalt von Gebäuden und Grundstücken, Instandhaltung der technischen Anlagen, Kosten für Schülerbeförderung und Abfallentsorgung
- Personalkosten**, wie z. B. Gehaltszahlungen und Versorgungsaufwendungen, Lohnsteuer- und Sozialversicherungsbeiträge, Rückstellungen für Pensionen und Überstunden

Diese Ausgaben sind gesetzlich auferlegte **Pflichtaufgaben**, die etwa 96 % des städtischen Haushaltes ausmachen und auf die weder die Verwaltung noch der Rat direkt Einfluss nehmen können. Hier lassen sich aber ggf. durch die Änderung von Standards Kostenersparnisse erreichen.

Welche Aufgaben hat die Stadt zu erfüllen?

Sie muss selbstverständlich ihre Mitarbeiter bezahlen und sich um bedürftige Mitbürger kümmern. Ebenso müssen z. B. die Schulen ausgestattet, beheizt, gereinigt und instand gehalten werden.

Weniger bekannt ist z. B. die Kreisumlage (in Summe ca. 8,3 Mio. €). Der Kreis Kleve hat Aufgaben, die er kostenanteilig auf die Kommunen umlegt. Da Kalkar z. B. kein eigenes Jugendamt unterhält, übernimmt der Kreis diese Aufgabe gegen Kostenerstattung.

Pflichtige und freiwillige Leistungen

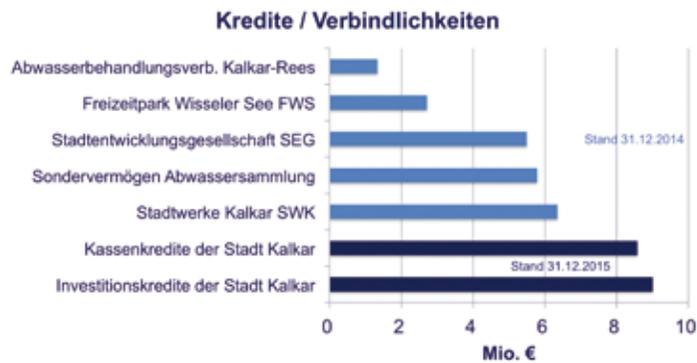


Dem gegenüber stehen die **freiwilligen Leistungen**, die nur etwa 4 % des Haushaltes ausmachen. Zu diesen zählen z. B. Heizung und Beleuchtung der Sporthallen für den Vereinssport, der Betrieb der Bürgerbegegnungsstätten oder die Betriebskosten der Sportplätze. Auch Grünpflege- und Reinigungsarbeiten sind in gewissem Maße freiwillig, aber auch der Betrieb des Museums.

Wie sieht die Verschuldung der Stadt aus?

Nicht nur die Stadt Kalkar selbst hat verschiedenartige Kredite aufgenommen, sondern auch die stadteigenen Gesellschaften (Freizeitpark Wisseler See GmbH, Sondervermögen Abwassersammlung, Stadtentwicklungsgesellschaft Kalkar mbH/SEG) und Beteiligungsgesellschaften (Abwasserbehandlungsverband Kalkar-Rees, Stadtwerke Kalkar GmbH & Co. KG/SWK). Die Stadt bürgt für die Kredite ihrer Gesellschaften.

Verbindlichkeiten des „Konzerns“ Stadt Kalkar



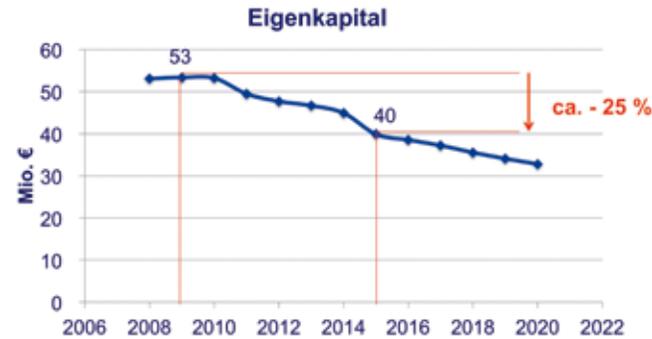
Die Stadt Kalkar hat seit Jahrzehnten zu hohe Ausgaben und/oder zu niedrige Einnahmen. Das Eigenkapital schmilzt rasant. Für 2016 beträgt der geplante Fehlbetrag (die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben) rund 1,55 Mio. €.

Dabei sind die Investitionskredite (vergleichbar mit einem Immobilienkredit einer Privatperson) eher „unproblematisch“, da diesen ein realer Sachwert wie z. B. eine Feuerwache gegenübersteht.

Anders verhält es sich mit den sogenannten Kassenkrediten (vergleichbar mit einem Dispo-Kredit einer Privatperson). Wenn die Stadt sich Geld leihen muss, um damit ihre Pflichtaufgaben zu bewältigen, ergibt sich ein Teufelskreis, da nach und nach sämtliche Handlungsspielräume abhanden kommen. Investitionen, z. B. für den Erhalt von Straßen und Gebäuden können nur noch in einem geringen Maß oder gar nicht mehr geleistet werden.

Entwicklung des Eigenkapitals

vom 01.01.2009 bis zum 31.12.2015
(perspektivisch bis 2020 gemäß des Entwurfs der Haushaltssatzung)



Was wir gemeinsam erreichen wollen!

1. Mit einer verstärkten interkommunalen Zusammenarbeit wollen wir mittelfristig z. B. die Betriebskosten für den städtischen Bauhof dauerhaft senken.
2. Durch ein konsequentes Gebäudemanagement sollen die Betriebs- und Investitionskosten optimiert werden. Der Immobilienbestand der Stadt muss nach Möglichkeit reduziert werden.
3. Die Verwaltungsabläufe sollen mit externer Hilfe optimiert werden („Supervision“). Das spart Arbeitszeit und somit Steuergelder. Diese Maßnahme kostet zunächst Geld. Aber mit dem Ergebnis dieser Investition sollte es möglich sein, eine sozialverträgliche Optimierung der Verwaltungsstruktur ohne Leistungsverluste umzusetzen. Die Personalkosten betragen heute über 5 Mio. € - und die tariflichen Erhöhungen der Gehälter kommen regelmäßig hinzu.
4. Die Chance für eine einmalige Einnahme in Höhe von ca. 1 Mio. € sehen wir im Verkauf der Wisseler Dünen an eine

Naturschutzorganisation – bei gleichzeitiger verbesserter Nutzbarkeit der Dünen durch die Bürger.

5. Um die Verschuldung in den Griff zu bekommen, haben wir die Erhöhung der Grundsteuer B von derzeit 429 auf 575 Hebesatzpunkte beantragt, da sie als ausgewogenste Steuer gilt und ihre Einnahmen - im Gegensatz z. B. zur Gewerbesteuer - verlässlich sind. Sie bringt umgehend kalkulierbare Einnahmen. Selbst bei Erhöhung der Grundsteuer B in voller Höhe unseres Vorschlags, sowie der ausschließlichen Verwendung der Mehreinnahmen zur Rückzahlung der Kassenkredite, würde dieses etwa **20 Jahre (!)** dauern – unberücksichtigt bleiben dabei sogar noch die wahrscheinlich wieder ansteigenden Schuldzinsen!
6. Die Gewerbesteuer möchten wir leicht senken, nicht um Unternehmer zu bevorzugen, sondern um ein Zeichen für den Erhalt und die erhoffte Schaffung von Arbeitsplätzen zu setzen.

Durch diese und weitere Maßnahmen wollen wir die drohende formelle Haushaltssicherung abwenden, da diese den Handlungsspielraum noch weiter verringern würde.

Wir laden Sie herzlich zu unseren nächsten „FORUM vor Ort“-Veranstaltungen ein, um gemeinsam mit Ihnen über dieses und andere Themen zu diskutieren. Der nächste Termin ist der 29. April, ab 19 Uhr im „Marktstübchen“.



Herausgeber: Fraktion FORUM Kalkar
c/o Lutz Kühnen (Fraktionsvorsitzender)
Kontakt: fraktion@forum-kalkar.org